

---

Thorsten Fuchshuber / David Hellbrück

## Ein Meister der Rackets ist noch kein Gegenhegemon

Gespräch über Russlands Machtgefüge und den Ukraine-Krieg 2022

*David Hellbrück* Seit 2014 gibt es russische Kriegshandlungen in der Ukraine; die ukrainischen Regionen Donezk und Lugansk werden seit dem Sturz von Janukowytsch von prorussischen Separatisten mit Hilfe Russlands kontrolliert. 2008 nutzte die russische Armee die Gelegenheit und rückte in fünf Tagen bis ins georgische Tiflis vor; seither existieren dort die von Separatisten geführten Regionen Abchasien und Adscharien. Im September 2015 begann Russland mit der Luftunterstützung des Assad-Regimes in Syrien. Unter anderem in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und Mosambik gewinnt Russland durch die Aktivitäten von Söldnerarmeen, beispielsweise durch die sogenannte Wagner-Gruppe, an Einfluss. Und wem der Versuch der Erlangung der Unabhängigkeit Tschetscheniens von Russland Anfang der 1990er Jahre dieser Tage ins Gedächtnis gerufen wird und wer sich dann auch wieder daran erinnert, wie die russische Reaktion daraufhin aussah, der kann sich vermutlich nur darin bestätigt sehen, dass sich der russische Krieg in der Ukraine in eine bloße Folge von Kriegen einreihet. Aber verbirgt sich dahinter tatsächlich ein System? Hilft hier ein Blick in die Geschichte Russlands?

*Thorsten Fuchshuber* Ein Blick in die russische Geschichte hilft zumindest insofern, als sich die Behauptung, die NATO-Osterweiterung habe ursächlich zur jetzigen Entfesselung der russischen Politik geführt, bereits anhand der in der Frage enthaltenen Aufzählung russischer Kriege und Militäraktionen recht mühelos als antiimperialistisches Märchen erkennen lässt. So hat Wladimir Putin schon Anfang Oktober 1999, als er noch Ministerpräsident der russischen Regierung war, den Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien befohlen. Dieser mit unglaublicher Brutalität geführte Krieg ließ, wie schon der erste Tschetschenienkrieg, Zehntausende Tote zurück; zum überwiegenden Teil Zivilisten. – Er fand aber, wie man unbedingt erwähnen sollte, in einer ganz anderen Konstellation statt als der jetzige gegen die Ukraine und war von entscheidender Bedeutung für Putins Aufstieg: So hatte Achmad Kadyrow, der Vater des heutigen tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow, als Mufti im ersten Tschetschenienkrieg zum Dschihad gegen Russland aufgerufen, im zweiten allerdings stellte er sich an dessen Seite. Inwiefern es Putin durch dessen Einbindung und damit auch durch eine Form von Bündnis mit der globalen antisemitischen Bewegung gelang, den Konflikt zumindest teilweise auf die rivalisierenden islamistischen Rackets in Tschetschenien auszulagern, wäre eine eigene Betrachtung wert, die auch Licht auf die heutige Allianz Russlands mit dem Iran werfen könnte. – Jedenfalls begannen die russischen Kampfhandlungen im zweiten Tschetschenienkrieg

im Grunde bereits mit den ersten von Putin befohlenen Bombardements tschetschenischer Stellungen Ende August 1999. Das war kaum fünf Monate nach Beginn der NATO-Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, die ja gerne als ›Ur-sünde‹ westlicher Politik in der Anschauung von Putin präsentiert werden. Seither wird das von europäischen Linken nachgeplappert. Putin habe aber hinsichtlich der Art der Kriegsführung in Tschetschenien nicht von der NATO, sondern von Slobodan Milošević und seiner »Politik der verbrannten Erde« gelernt, wie die Journalistin und ehemalige ARD-Moskau-Korrespondentin Sonia Mickich damals in der *taz* argumentierte. Genau wie in Syrien und offenbar auch jetzt in der Ukraine nahmen die russischen Truppen vorsätzlich Zivilisten ins Visier; Grosny machten sie dem Erdboden gleich. Mickich schrieb schon 1999 unter Bezug auf russische Menschenrechtler, der zweite Tschetschenienkrieg sei nicht als »Zwischenfall auf dem schwierigen Weg Russlands zur Normalität und Demokratisierung«, sondern als deren Ende zu werten: »Wir sind nicht in einer Übergangsphase, wie Ihr im Westen unsere Probleme schön schreibt. Wir sind angekommen. Es wird nicht besser werden«, zitierte sie oppositionelle Stimmen. Anders als Milošević und Co. müssten die russischen Machthaber allerdings keine Angst haben, in Den Haag zu landen, fügte Mickich hellsichtig hinzu: »Sie haben Atombomben, Milošević nicht.«

Es waren also gerade Ereignisse wie etwa der erste Tschetschenienkrieg und die chaotische Entwicklung in den 1990er-Jahren in Russland selbst, die Länder wie Polen, Tschechien und Slowenien mit zu der Überzeugung brachten, dass ein Beitritt zur NATO notwendig sei; auch der weitere Verlauf des Zerfallsprozesses der ehemaligen Sowjetunion war ja gar nicht absehbar. Doch hierzulande hat man die Entwicklung der letzten dreißig Jahre auf eine Weise interpretiert, die selbst den Angriff auf die Ukraine nun noch als eine Art putativer Notwehr Russlands gegen dessen vermeintliche Einkreisung durch die NATO erscheinen lässt.

Auf die Formel von der Putativnotwehr hat übrigens Ulrich Herbert die Argumentation von Ernst Nolte im ›Historikerstreit‹ gebracht; dieser habe den Holocaust als deutsche Reaktion auf den »prognostizierten Willen der Bolschewisten« interpretiert,

»das europäische Bürgertum zu vernichten«. Um zu dieser These zu gelangen, bediente sich Nolte einer geopolitischen Argumentationsstrategie. In seinem berühmten FAZ-Artikel aus dem Jahr 1986 hatte er behauptet, die bisherigen Analysen »des Dritten Reiches und seines Führers« hätten in erster Linie den »innerdeutschen Aspekt« im Blick gehabt. Demgegenüber insistierte Nolte auf einem Primat der Außenpolitik: aus dem Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland entwickelte er seinen berühmten »kausalen Nexus« zwischen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und der Politik der Bolschewisten, der Auschwitz als Folge des »Archipel Gulag« erscheinen lässt.

Ich will hier darauf hinaus, dass auch die Diskussion um die Ukraine in den vergangenen Jahren von maßgeblichen Teilen derer, die sich öffentlich zu Wort gemeldet haben, einem so verstandenen Primat der Außenpolitik gefolgt ist: Nicht die innere Struktur des russischen Herrschaftssystems sei für die russische Ukraine-Politik maßgeblich, sondern eben die NATO-Osterweiterung. Das erlaubt es, Russlands Aggressionen und den jetzigen Krieg gegen die Ukraine apologetisch in geopolitischen Kategorien zu fassen, und zwar in der spezifischen Weise deutscher Ideologie: Das russische Vorgehen lässt sich so tendenziell als einer rationalen Einsicht folgend objektivieren und legitimieren; von der NATO immer weiter unter Druck gesetzt, gehorchte Russland dieser Darstellung folgend geradezu einem »geopolitischen Zwang«. Auf diese Weise wird das Denken in Einflussphären beglaubigt, wodurch Russland das Recht und die Verfügungsgewalt über eine solche Sphäre zumindest implizit zugesprochen wird, während die Ukraine eben akzeptieren müsse, nicht primär Subjekt, sondern Objekt zwischenstaatlicher Beziehungen zu sein, wie es die Rede vom Pufferstaat und ähnliches dokumentiert. Ein so verstandener Primat der Außenpolitik erlaubt es also, über die Verhältnisse im Inneren Russlands hinwegzusehen.

Es gilt jedoch, den Primat der Außenpolitik genau andersherum zu begreifen: Gerade weil die Machtverhältnisse im Inneren des Putinschen Systems so prekär sind, kommt es umso mehr auf die außenpolitische Konstellation an, um die Einheit des Staats herzustellen. Es ist hilfreich, auf die von

dem Staatsrechtler Dieter Grimm getroffene analytische Unterscheidung von innerer und äußerer Souveränität zurückzugreifen, um das besser zu verstehen. »Für den Genuss äußerer Souveränität genügt es, wenn ein Staat nach außen als handlungsfähiges Rechtssubjekt auftreten kann«, sagt Grimm. Das ist bei der Russischen Föderation fraglos der Fall. Zugleich sei diese äußere Souveränität eines Staates nicht »unabhängig von seiner inneren Durchsetzungsfähigkeit«; das heißt, die prekären Verhältnisse im Inneren wirken nach außen zurück, jedoch nicht in derselben konstitutiven Weise wie andersherum, denn: »Verliert ein politisches System die äußere Souveränität, kann es auch die innere nicht bewahren.« Für den russischen Racket-Staat bedeutet dies, dass das Agieren als Souverän nach außen umso wichtiger ist, um die prekäre Machtkonstellation im Inneren notdürftig zu stabilisieren oder wenigstens zu übertünchen. Es sind also weniger imperiale Absichten, die mit der krieglerischen Außenpolitik verfolgt werden, vielmehr erleben wir den verzweifelten Versuch, ein marodes Herrschaftssystem zu stützen, das ansonsten zusammenkracht. Ich stimme dem Osteuropa-Historiker Karl Schlögel daher völlig zu, wenn er über »die inflationäre Rede von der Geopolitik« die Nase rümpft. Er meint, dies sei nur ein Symptom dafür, dass man nicht wirklich wisse »wie Russland tickt«, mit welchem System man es also zu tun habe, das den Raum neu zu gestalten versucht. Ich denke allerdings, man will es auch gar nicht wissen. Das erlaubt es denen, die so argumentieren, sich auf eine »Geopolitik der Indifferenz« zurückzuziehen, wie es der Geograph Vincent Artman neulich auf Twitter formulierte. Der Hang, politische Entwicklungen bis hin zum Krieg zu naturalisieren, sie als zwangsläufig und unabänderlich zu rationalisieren, weshalb sie von den Betroffenen hinzunehmen seien, war schon immer ein genuiner Bestandteil insbesondere der deutschen Auffassung von Geopolitik.

*DH* Bevor wir darauf zu sprechen kommen, worin die innere Dynamik des russischen Staats besteht, die diesen Krieg anzutreiben scheint, will ich dich noch etwas anderes fragen. Wenn man an die deutschen Reaktionen auf den ersten Tschetschenienkrieg, den Russland 1994 lostrat, denkt, fällt einem viel-

leicht noch der Satz Helmut Kohls ein, der jegliche Kritik am russischen Feldzug mit der Begründung zurückwies, dass er seinen in Bedrängnis geratenen Freund Boris Jelzin nicht rügen könne, weil das an Verrat grenze – ganz so, als ließen sich zwischenstaatliche Beziehungen auf die Ebene zwischen Menschen herunterbrechen, was deine Annahme, dass der Hang, politische Konflikte besonders in Deutschland naturalisieren zu wollen, nochmals bestätigen dürfte. Die russische Invasion erklärte man in Deutschland einst zur inneren Angelegenheit Russlands (ebenso wie es Russland selbst im Fall der Ukraine heute wieder tut) – ganz anders als noch im Fall Jugoslawiens kurz zuvor, worauf ich durch die nochmalige Lektüre von Wolfgang Pohrts *Brothers in Crime* aufmerksam wurde: alle mit Rang und Namen schalteten sich damals ein, um eine militärische Intervention gegen Serbien herbeizuführen. Während des Beschusses Grosnys hingegen, lehnte Klaus Kinkel, damaliger Bundesvorsitzender der FDP, Sanktionen Deutschlands gegen Russland strikt ab, unter anderem mit der Begründung, dass man Russland nicht isolieren dürfe, weil das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland durch den Zweiten Weltkrieg vorbelastet sei; auch die USA unter Bill Clinton verschwendeten keinen Gedanken daran, Sanktionen zu verhängen. Man gewinnt dagegen den Eindruck, dass es heute nur noch Gerhard Schröder und ein paar von der Öffentlichkeit schnell zu Isolierende waren und sind, die die russische Politik öffentlich ernsthaft zu verteidigen bereit sind. Hat sich hier nicht doch etwas geändert? Immerhin erklärt sich doch Deutschland, was sich noch im Februar hätte niemand träumen lassen, zu Waffenlieferungen an die Ukraine bereit.

*TF* Vielleicht schwant dem Berliner Personal mittlerweile, dass Putin mit seinen Aktionen seit 2014 nicht primär die Ukraine, sondern Europa und die USA treffen will. Er will zeigen, dass die Russische Föderation zwar nicht dazu in der Lage sein mag, erfolgreich auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, man jedoch über die nötigen Ressourcen verfügt, um die Geschäftsgrundlage der anderen erheblich zu schädigen und jede Menge Chaos zu stiften. In Syrien hat Putin das mit minimalem Aufwand relativ erfolgreich getan und ist jetzt ein bestimmender Akteur

in der gesamten Region, was vor allem für Israel bekanntermaßen dramatische Folgen hat. Auch das hat man übrigens wissentlich geschehen lassen.

Was die Waffenlieferungen betrifft, muss man die Relationen sehen: aus der gesamten EU sind seit Kriegsbeginn am 24. Februar bis 6. April laut Angaben des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell Waffen im Wert von einer Milliarde Euro an die Ukraine geliefert worden; exakt diesen Betrag überweist die EU an Russland für Energielieferungen jeden Tag. Es ist also wesentlich billiger, ein paar Waffen aus Armeebeständen zu liefern, als den Forderungen nach einem Importstopp russischer Energie zu folgen. Dagegen haben sich in der EU vor allem Deutschland und Österreich mit Händen und Füßen gewehrt. Auch wenn ein solches Komplettembargo bei Erscheinen der vorliegenden Ausgabe der *sans phrase* womöglich durchgedrückt sein wird, erfolgte es gegen den erbitterten Widerstand der beiden Länder. Und selbst was die Lieferungen von Waffen anbelangt, die man anfangs unter Verweis auf die deutsche Geschichte verweigert hat, dürfte Druck aus Washington nicht unwesentlich gewesen sein.

*DH* Jetzt hast du einen weiteren dezidierten Hinweis darauf gegeben, dass der Antrieb der Russischen Föderation, weltweit verschiedenste Kriege anzuzünden und fortzuführen, aus der prekären inneren Einheit dieses ganz eigentümlich verfassten Staats erfolgt – über dessen Verfasstheit wir dann auch noch sprechen sollten. Daher will ich mal so fragen: lässt sich in den russischen Kriegsanstrengungen, auch jetzt in der Ukraine, eine irgendwie doch noch rational darstellbare ›Logik‹ erkennen, die sich womöglich darin erstreckt, sich polit-ökonomisch betrachtet zum Gegenhegemon<sup>1</sup> aufzuschwingen? Sind die militärischen Aktivitäten Teil einer Krisenlösungsstrategie? Und falls ja, inwieweit können sie als Angriff auf den Weltmarkt und den US-Hegemon begriffen werden?

1 Siehe Gerhard Scheit: Zur politischen Ökonomie des Gegenhegemon. Was die deutsche Linke an Michael Hudson hat. In: *sans phrase* 14/2019; Manfred Dahlmann; Gerhard Scheit: Diskussion zu *Der Euro und sein Staat* [2015]. In: Manfred Dahlmann: *Das Rätsel des Kapitals*. Hrsg. v. David Hellbrück und Gerhard Scheit. Freiburg; Wien 2020.

*TF* Was die angesprochene ›Logik‹ betrifft, hängt es zunächst einmal davon ab, was für einen Begriff von Rationalität man zu Grunde legt: wenn man den Akteuren im Kapitalverhältnis eine irrationale Form der Rationalität zubilligt – wie Horkheimer dies etwa in seiner *Kritik der instrumentellen Vernunft* tut – und dementsprechend davon ausgeht, dass ihr Handeln auf einer selbstzerstörerischen Form der Selbsterhaltung beruht, dann gilt das in gewissem Maße auch noch für den russischen Racket-Staat. Hier wird auch ein Unterschied zum iranischen Staatsracket deutlich, in dem sich die politische Einheit nicht durch eine wie auch immer gefasste prekäre Form der Selbsterhaltung herstellt, sondern primär durch das Ziel der Vernichtung Israels konstituiert. Dies gilt es auch hinsichtlich der Verfügungsgewalt über Kernwaffen im Auge zu behalten: Russland setzt sie politisch-strategisch und im Zuge des aktuellen Krieges möglicherweise bald auch militärisch-taktisch auf dem Schlachtfeld ein, während der Iran sie situationsunabhängig gegen den im Schmittschen Sinne zu begreifenden existenziellen Feind, die Juden und ihren Staat richten würde, wenn er denn könnte. Daher ist auch die wichtigste Lehre, die es aus der aktuellen Situation mit Blick auf Israel zu ziehen gilt und die man gerade jetzt nicht oft genug betonen kann, dass es eine atomare Bewaffnung des Iran mit allen nötigen Mitteln zu verhindern gilt. Natürlich sagt auch Russland, dass man in einer für sich existenziellen Situation Nuklearsprengköpfe einsetzen wird. Bislang folgt man jedoch der Prämisse, dass die Drohung mit der Waffe bereits die Waffe selbst ist.

Selbsterhaltung wird im Racket-Staat im selben Maße prekär, wie die Zerstörung beziehungsweise das Nichtvorhandensein von Vermittlungsinstanzen, wie sie der bürgerlichen Gesellschaft wesentlich sind, dazu führt, dass diese Selbsterhaltung immer weniger aus dem Versuch einer Vermittlung der gesellschaftlichen Interessenwidersprüche resultiert, sondern sich allein an den unmittelbaren Interessen der herrschenden Rackets orientiert. Am Fall Russlands lässt sich das gut veranschaulichen. Es besteht seitens der rivalisierenden Rackets überhaupt kein ernsthafter Anspruch, eine Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft einzuleiten, die jenseits der Rohstoffrenten zu einem Anschluss des

Landes an den Weltmarkt und zur Konkurrenzfähigkeit auf diesem führt, woraus dann eventuell auch eine Steigerung des allgemeinen Lebensstandards resultieren könnte. Es reicht den Rackets derzeit völlig aus, den Status quo aufrechtzuerhalten, der auf der Kontrolle der Finanzströme beruht, die aus dem Export von Rohstoff erwachsen. Inwiefern der Krieg gegen die Ukraine in diesem Zusammenhang eine Krisenlösungsstrategie darstellt, lässt sich daher nur mit Blick auf die inneren Verhältnisse Russlands begreifen. Man ist an der Entstehung eines tragfähigen privatwirtschaftlichen Sektors unter anderem deshalb nicht interessiert, weil man fürchtet, dass damit eine Entwicklung befördert werden würde, die der Racketstruktur der Gesellschaft zuwiderläuft, dass also etwa »unabhängige Wirtschaftssubjekte und eine gesellschaftliche Sphäre entstehen, die Reformen und mehr Freiheit verlangen«, wie der russische Soziologe Lew Gudkow sagt, und damit eben jene Instanzen der Vermittlung, die ich eben erwähnt habe. Da das Recht auf Eigentum in der Russischen Föderation jedoch ohnehin unter Vorbehalt von Putin und seinen Cliquen steht, es regelmäßig zu Umverteilungen, Enteignungen und auch zur Festnahme von Vertretern konkurrierender Machtfaktionen kommt, weiß jeder, dass sich der Aufbau insbesondere kapitalintensiver Betriebe unter privater Regie gar nicht lohnt. So bleibt der Großteil der Volkswirtschaft unter staatlicher Kontrolle, und wenn man daran partizipieren will, ist Loyalität, nicht innovatives Unternehmertum gefragt. Das ist einer der Gründe für den Braindrain, den Russland seit vielen Jahren erlebt. In den vergangenen Jahren erzielte das Land zusammengenommen eine durchschnittliche Gesamtwachstumsrate von rund null Prozent, das Pro-Kopf-Einkommen lag im Frühjahr 2021 unter dem Wert von 2008, für 25 Prozent der in einer relativ aktuellen Umfrage Befragten deckt das Gehalt nicht die Grundbedürfnisse, während es bei 39 Prozent kaum ausreicht; auch die Lebenserwartung ist um rund acht Jahre niedriger als im OECD-Durchschnitt. Von der gegenwärtigen Form der Selbsterhaltung der russischen Gesellschaft profitiert der Großteil der Bevölkerung also nur sehr bedingt.

Es gibt daher ausreichend Gründe für die Menschen, gegen die allgemeine Stagnation zu revoltie-

ren, was allerdings nur in geringem Maße geschieht. Dazu trägt die spezifische Form der Anpassung bei, die Juri Lewada und im Anschluss an ihn Lew Gudkow als die des »Homo sovieticus« beziehungsweise des »Sowjetmenschen« bezeichnet hat. Man kann das pointiert als die sowjetische, nunmehr russische Form des autoritären Charakters verstehen, ein verstaatlichter Mensch, der sich dem Kollektiv völlig unterordnet. Dieser Sozialcharakter, der sich entgegen aller Hoffnung auch über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinaus erhalten hat, zeichnet sich durch einen sozialen Infantilismus aus, wonach vom Staat erwartet wird, sich um alle Belange des Lebens zu kümmern, während man zugleich dessen Willkür als unausweichlich akzeptiert, wie auch durch eine Reihe weiterer Charakteristika, die hier nicht alle erörtert werden können. Begleitet wird dies durch einen massiven Zynismus und eine diffuse Aggressivität, wie sie laut Gudkow typisch für Zwangskollektive sind. Es ist ein Gesellschaftstypus, der laut dem Soziologen alle Eigenschaften einer atomisierten Masse hat. Damit entspricht er recht genau jener Subjektconstitution, wie Horkheimer sie auch für die Racketgesellschaft als konstitutiv betrachtete. Ich zitiere hierzu einmal aus einem Aufsatz Gudkows aus dem Jahr 2017, in dem er diesen Typus resümiert: »Er entstammt einer mobilisierten, militarierten, geschlossenen und repressiven Gesellschaft, deren Integration durch die vermeintliche Präsenz von inneren und äußeren Feinden gewährleistet wird, weil dies der Forderung nach Loyalität zur Staatsmacht, die die Bevölkerung beschütze, »Berechtigung« verleiht. Ein solcher Mensch ist an die staatliche Kontrolle gewöhnt, sie ruft weder Ärger noch Unzufriedenheit hervor. Gleiches gilt für die habituelle Selbstbeschränkung, die erzwungene Askese in Sachen materieller Wohlstand und erfülltes Leben.« Die aggressive Außenpolitik und das Eurasien-beziehungsweise Großmacht-Brimborium dienen in diesem Kontext meines Erachtens nach nicht zuletzt dazu, die von Gudkow beschriebene prekäre Integration der Gesellschaft auf diese Weise zu erzwingen. In diesem Sinne handelt es sich also weniger um eine Krisenlösungsstrategie als um eine Krisenaufrechterhaltungsstrategie, die die Dauermobilisierung der Gesellschaft ermöglicht. Ein letztlich selbsterstörerischer Gesellschaftsentwurf,

der den Begriff der Selbsterhaltung viel unmittelbarer noch als in der bürgerlichen Gesellschaft ad absurdum führt.

*DH* ... und was ist mit Russlands Angriff auf dem Weltmarkt?

*TF* Auf den Zusammenhang mit dem Weltmarkt habe ich weiter oben ja bereits einzugehen versucht. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass der Krieg auch ein Signal an die USA und die EU ist, dass man sich trotz der Rückkehr der Vereinigten Staaten an die Spitze der Erdöl- und Gasproduktion und der vor allem von der Europäischen Kommission propagierten De-Karbonisierungs-Strategie nicht endgültig in die – politisch wie ökonomisch betrachtet – Peripherie abschieben lassen will. Auch mit Afrika wurde diese Strategie quasi überhaupt nicht koordiniert, obwohl die Staaten des afrikanischen Kontinents massiv von deren Auswirkungen betroffen sind. Sie haben aber nicht viele Möglichkeiten, sich zu wehren, außer etwa die Drohung, sich Russland und auch China anzunähern. Im Fall Russlands könnte man hingegen sagen, es verhält sich wie ein Racket im soziologisch begrifflichen Sinn: wie eine Bande also, die Lose oder Eintrittskarten verkauft und deutlich macht, dass es ihr völlig egal ist, ob tatsächlich ein Bedarf beziehungsweise Interesse an dieser Ware besteht. Das Verkaufsargument ist dann nicht die Ware selbst, sondern der bei Nichtkauf erfolgende Einsatz von Gewalt. Selbstverständlich ist der Bedarf an Rohstoffen aus Russland noch immer riesengroß, dennoch sind die strategischen Verschiebungen der angedeuteten Entwicklungen bereits zu sehen; etwa was die gewandelte Bedeutung militärischer Präsenz der USA im Nahen Osten belangt. Schon der sehr früh unter Bush angekündigte und dann unter Obama begonnene Abzug von US-Truppen aus dem Nahen Osten hat ja Putin ein Nachrücken in Syrien erst erlaubt; das hat ihm sehr in die Karten gespielt. Und gegen die Hegemonie der USA richtet sich die russische Außenpolitik erklärtermaßen sowieso.

*DH* Lässt sich Russlands »Krisenaufrechterhaltungsstrategie«, wie du das russische – und nicht nur für Russland geltende – Prinzip genannt hast, viel-

leicht, nochmals in anderen Begriffen ausgedrückt, auf die folgende »Formel« bringen: weil die im Grunde für jede bürgerliche Gesellschaft notwendige kapitale Dynamik, der sich kein Staat entziehen kann, der konkurrenzfähig unter Weltmarktbedingungen produzieren will, dauerhaft scheitert beziehungsweise diese Bedingungen repressiv unterminiert werden, muss die daraus resultierende ökonomische Statik durch äußerliche, durch den Staat erst zu schaffende Gegebenheiten – wie insbesondere der zahlreichen russischen Kriege, die dann auch Dauermobilisierung und Loyalität nach innen versprechen – in Gang gehalten werden, um so gesellschaftliche Dynamik, weil sie nicht auf kapitaler Grundlage, auf dem »automatischen Subjekt« (Marx) beruht, zu *simulieren*? Wenngleich also darum wissend, dass die von Marx als »objektive Tendenz« beschriebene Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus in seinem idealen Durchschnitt immer nur bedingt zutrifft, müsste man die Situation in Russland, weil dort eben die »Autarkiekarte« gespielt zu werden scheint, gerade in den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie ausdrücken, um somit auf die merkwürdige politische wie ökonomische Verfasstheit Russlands selbst zu sprechen zu kommen? Und vielleicht wäre gerade dieser Vorgriff auf die Kritik der politischen Ökonomie, die bei dir ja schon im Grunde immer mitverhandelt wird, auch alles andere als unwichtig, um zu zeigen, was die Etablierung eines solch gestalteten Gegenhegemons nur bedeuten kann; eines Gegenhegemons, der doch vor nicht allzu langer Zeit sehr viele Verbündete, Partner und Freunde, kurzum: Kombattanten auch dort hatte, wo das gesellschaftliche Prinzip, das auch dort der Herrschaft freilich nicht entsagt, ein anderes ist. Oder anders ausgedrückt: nur unter Bezugnahme auf die Kritik der politischen Ökonomie ließe sich ein Begriff von Gesellschaft, Staat und Individuum überhaupt denken und demnach auch Russlands Krieg in der Ukraine auf den Begriff bringen.

*TF* Wo China als eines der Länder mit der größten Wirtschaftsleistung unmittelbare Abhängigkeitsverhältnisse durch seine Marktmacht schaffen möchte, um so, wie Gerhard Scheit sagt, »den Weltmarkt von innen her aufzulösen« zu versuchen, will Russland diesen quasi von außen, durch seine Militärmacht

torpedieren, um dessen Universalisierungstendenz zu brechen. Die Russische Föderation verfolgt also ebenfalls eine Politik, die immer zugleich auch gegen die Gesetze des Weltmarkts gerichtet ist, und unmittelbare Abhängigkeiten schafft sie über Rohstoffzuwendungen übrigens auch. Trotzdem bleibt Russland zugleich über den Handel mit Rohstoffen sowie anderen Ex- und Importen an diesen Weltmarkt gebunden. Daher würde ich auch nicht von einer *Simulation* gesellschaftlicher Dynamik auf kapitaler Grundlage sprechen, sondern diese Dynamik besteht tatsächlich, auch wenn es, wie du richtig sagst, selbstverständlich deutliche Autarkiebestrebungen gibt. Es gib daher durchaus Kräfte innerhalb des russischen Systems, denen die derzeitige Sanktionspolitik von EU und USA entgegenkommt. Sergej Glasjew etwa, der Berater Putins während der Krimannexion und seit dem vergangenen Jahr Kommissar für Integration und Makroökonomie bei der Eurasischen Wirtschaftskommission, dem Exekutivorgan der Eurasischen Wirtschaftsunion, wittert bezüglich seiner Vorstellungen von ›Selbstversorgung‹ Morgenluft. Bereits 2014 hatte er hierzu zahlreiche Vorschläge gemacht, wie etwa das Einfrieren ausländischer Guthaben, die Beschränkung von Devisentransaktionen und die staatlich erzwungene Importsubstitution durch russische Produkte. Auch jüngst hat er in einem Artikel gefordert, »die nationale Souveränität in der Wirtschaft zu stärken« und freut sich beispielweise über die Kapitalrückführung nach Russland aufgrund der Sanktionen gegen zahlreiche Oligarchen. Das erinnert schon auch ein wenig an die Beobachtungen Alfred Sohn-Rethels zur Forderung nach Autarkie in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, auch wenn sich das nicht einfach übertragen lässt. Sohn-Rethels Unterscheidung von einerseits ökonomisch intakten Teilen der Wirtschaft, die stark genug waren, »den Konkurrenzkampf in der Welt mit wirtschaftlichen Mitteln zu bestehen« und die folglich weder für Autarkieforderungen noch »für die Methoden des Krieges und der gewaltsamen Eroberung« zu begeistern gewesen seien, und andererseits ökonomisch paralysierten Teilen der Wirtschaft, die »politische Bewegungsfreiheit« besaßen, lässt sich auf Russland heute so »anwenden«, dass es erstere dort quasi nicht gibt, während letztere eben in den völlig mit dem

Staat und seinen Apparaten verschmolzenen russischen Konzernen bestehen. Aber zentral ist, denke ich, der von Gerhard Scheit angesprochene Aspekt der gegen den Weltmarkt gerichteten Politik – das ist es, was China und Russland meinen, wenn sie einander »Förderung der globalen Multipolarität und der Demokratisierung der internationalen Beziehungen« versprechen.

*DH* Es ist womöglich kein Zufall, dass jüngst Aleksandr Dugin die chinesische Variante des Großraumkonzepts, das der *Tianxia* (dt. »alles unter einem Himmel«), aufgreift und so nicht nur ein Gesprächsangebot gen Fernost unterbreitet, sondern zugleich die ›planetarische Gemeinschaft‹ in ›sittlicher‹ Gestalt von Familie, Einssein mit der Natur und der Anrufung eines dem mystischen Ursprungsdenken nicht fernen Himmels- und Sternensbilds, »das Leben in sich verstricken soll« (Klaus Heinrich), anruft. Dugin, als Ideologe, der er ist, hält sich derweil wohl die Option offen, ein ›multipolares‹ System zu inszenieren, das zwar Nordamerika und Europa noch als einen von mindestens vier ›Pfeilern‹ kennt, aber ebenso China und Eurasien als Teil der neuen Raumordnung vorsieht, womit er sich vordergründig wohl eine Neuordnung erträumt, die sich gegen das ›Unipolare‹ richtet, was nur der Weltmarkt sein kann.<sup>2</sup>

Doch jetzt vielleicht zu etwas anderem: es wird über Russland viel nur in Bezug auf Putin gesprochen. In deinem Artikel *Meister der Rackets* hast du vor einigen Jahren schon dargestellt,<sup>3</sup> wie Putin eine von ihm vorgefundene marode Ökonomie und ein desolates Rechtssystem für seine Racketherrschaft nutzbar machen konnte. Das von Boris Jelzin installierte Rechtssystem ließ sich zur »Diktatur des Rechts« (Jan Philipp Engelke) ummodellieren, womit die Justiz unter die Interessen der Politik gestellt werden konnten. Unter dem Strich habe es Putin vermocht, sich als

2 Siehe Michael Heidemann: Weltfrieden made in China. ›Der Sozialismus chinesischer Prägung‹ und die antike Herrschaft des Tianxia. In: sans phrase 17/2021; Micha Brumlik: Der Philosoph hinter Putin. Bundeszentrale für politische Bildung vom 11. März 2022.

3 Thorsten Fuchshuber: Meister der Rackets. Die Russische Föderation unter der Herrschaft von Wladimir Putin. In: sans phrase 7/2015.

Dirigent einer »Vertikalen der Macht« zu erhalten, um somit, wie du dort schreibst, die verschiedenen sich einander widersprechenden Interessen der unterschiedlichen Rackets vereinheitlichen zu können. Jede »Durchsetzung von Partikularinteressen« konnten »allein mit Blick auf den Präsidenten geführt und sein Handeln zentriert bedient werden«. <sup>4</sup> Daraus folgen für mich zwei Fragen: Wie wichtig ist die Person Putin für die Einheit der um die Beute konkurrierenden Rackets? Und wie sehr bestimmt dieses Putinsche Gebilde das Verhältnis Russlands im Inneren und nach Außen?

TF Ich habe damals in dem Artikel, den du ansprichst, unter Verweis auf die russische Politologin Lilia Shevtsova deutlich zu machen versucht, dass sich hinsichtlich Putins Bedeutung für das russische Machtgefüge dieselbe merkwürdige Ambivalenz beobachten lässt, die Franz Neumann Adolf Hitler im Nationalsozialismus zuschreibt: dass Putin zwar einerseits als unanfechtbarer Kulminationspunkt politischer Macht gelten muss und diese unter sich vereint, wie du sagst, als Dirigent der Machtvertikale, andererseits aber zugleich als Instanz erscheint, die bereits getroffene Entscheidungen und Kompromisse widerstreitender Rackets lediglich ratifiziert. Des Öfteren wird diese Widersprüchlichkeit infrage gestellt, da sich doch immer wieder zweifelsfrei zeigen ließe, dass Putin alle Fäden der Macht in seinen Händen halte. Auch die Machtverschiebung zugunsten der *Silowiki* – jener Leute, die in den Sicherheits- und Geheimdiensten, in den sogenannten Machtministerien wie Innen- und Verteidigungsministerium Karriere gemacht haben – wird oft als Zeichen hierfür interpretiert: In Folge der Proteste in den Jahren 2011 und 2012 ist es wegen Wahlbetrug bei den Dumawahlen und der erneuten Ämterrochade zwischen Putin und Dmitrij Medwedjew zu einer Entwicklung gekommen, in der die Gruppe der Technokraten um Medwedjew, die oft als »Wirtschaftsliberale« charakterisiert werden, massiv an Einfluss verloren haben. Der politische Einfluss der »alten« Oligarchen ist ebenfalls sehr begrenzt. Die neuen Oligarchen stammen zu einem nicht geringen Teil aus den Sicherheitsapparaten, sind also

selbst *Silowiki*. Immer wieder heißt es nun, der Kreisdere, die noch Einfluss auf Putin haben, hätte sich nicht nur ganz auf diese Gruppe verengt, sondern er habe auch die volle Kontrolle über die *Silowiki*. Es gibt aber ganz offenbar immer wieder Situationen, in denen Putin bereits getroffene Entwicklungen und Machtverschiebungen lediglich *post festum* ratifizieren kann, und nicht immer scheint dies alles genau im von ihm gewünschten Sinne zu verlaufen.

Ein prominenter Fall, in dem der Einfluss Putins umstritten blieb, war der Machtkampf zwischen Igor Setschin, Chef des staatlichen Ölkonzerns *Rosneft*. Er gilt als Kopf einer der wichtigsten *Silowiki*-Gruppierungen, die untereinander ebenfalls in einem Verhältnis unerbittlicher Rivalität stehen. Setschin wollte sich 2014 *Basbneft*, die Ölfirma Jewgenij Jewtuschenkows, unter den Nagel reißen und hat das letztlich auch geschafft. Die Berichte darüber, wie dies von statten ging, unterscheiden sich bezüglich Putins Rolle sehr. Der *Economist* berichtete 2016 hiervon auf eine Weise, die nahelegt, dass Putin im Zentrum dieser Entscheidung gestanden habe. Der Osteuropaexperte Michael Rochlitz zweifelt hingegen an dieser Darstellung, da Jewtuschenkow Putin gegenüber stets absolut loyal gewesen sei und sieht den russischen Präsidenten aus diesem Grund eher als von Leuten wie Setschin Getriebenen an. In diesem Zusammenhang steht auch der Fall des ehemaligen russischen Wirtschaftsministers Alexej Uljukajew, den Setschin durch eine Intrige ins Gefängnis gebracht hat. Bisweilen wurde gesagt, es handle sich bei dem Vorgehen gegen Uljukajew um eine Propagandaveranstaltung des Kreml, um ein entschlossenes Handeln gegen Korruption zu demonstrieren. Andere wiederum haben das als Machtdemonstration Setschins interpretiert, um seine privilegierte Stellung unter Beweis zu stellen und seine Gegner und Kritiker abzuschrecken.

Es zeigt sich daran jedoch vor allem eins: Die paradoxe, aber doch prekäre Stabilität, die dieses aus rivalisierenden Machtgruppen bestehende »Parallelogramm von Kräften« erzeugt, um noch einmal auf eine Formulierung Franz Neumanns zurückzugreifen, ergibt sich eben nicht zuletzt dadurch, dass offenbar kein Mitglied dieser Cliques sich vollständig sicher sein kann, ob Putin ihm den Rücken frei halten wird, wie weit man also beim Ringen um Macht

4 Ebd. S. 9.



und Einfluss gehen kann, ohne abgestraft zu werden, wie es Jewtuschenkow und Uljukajew widerfahren ist. Putin bleibt der wichtigste Schiedsrichter und Entscheidungsträger in diesem Machtgefüge. Wer seine Gunst verliert, ist tatsächlich verloren. Wie Putin mit dieser Drohung spielt, konnte man auch an den vielbeachteten Fernsehaufnahmen zur Anerkennung der Unabhängigkeit der sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk sehen, die kurz vor Beginn der russischen Invasion stattgefunden hat. Vor laufenden Kameras wurde der Chef des Auslandsgeheimdienstes, Sergej Naryschkin, von Putin minutenlang abgekanzelt. Naryschkin ist nicht irgendwer, sondern gehört zum engsten Kreis um Putin und wurde zwischenzeitig auch als möglicher Nachfolger des amtierenden Außenministers Sergej Lawrow gehandelt. Die Szene wurde nicht live ausgestrahlt, sondern aufgezeichnet, wie man anhand der auf den Bildern zu sehenden Armbanduhrer der Anwesenden später nachvollzogen hat. Putin wollte also, dass diese Bloßstellung eines Getreuen nicht nur vor den Teilnehmern der bizarren Veranstaltung, sondern vor aller Welt geschieht. So schafft er eine »Loyalität der Angst«, wie sein ehemaliger Spin-Doctor Gleb Pawlowski es einmal ausdrückte. Das erinnert bisweilen sehr an die Praktiken Stalins. Putin will verhindern, dass aus den einzelnen rivalisierenden Rackets Machtzentren entstehen, die ihm selbst gefährlich werden können. Die zahlreichen Berichte und Gerüchte über die Inhaftierung, Verhängung von Hausarrest und anderen Zwangsmaßnahmen gegen FSB-Leute, Armeegeneräle und sonstige hochrangige Funktionsträger, die es seit Beginn der Invasion der Ukraine gegeben hat, sprechen in diesem Sinn ebenfalls eine deutliche Sprache.

Zugleich lassen der teils offenbar unglaublich schlechte Zustand des russischen Militärgeräts und die lausige strategische Vorbereitung des Kriegs erahnen, wie groß das Ausmaß der Korruption an den entsprechenden Stellen gewesen sein muss. Das passt nicht damit zusammen, dass Putin Herr der Lage ist. Und es passt überhaupt nicht mit dem zusammen, was man über den Zustand der russischen Armee noch bis vor kurzem lesen konnte. Die Rüstungsausgaben Russlands sind bis zur Wirtschaftskrise von 2015 quasi konstant enorm gestiegen und

haben sich auch nach der Krise auf einem noch immer hohen Niveau von zwischen 61 und 69 Milliarden US-Dollar pro Jahr bewegt. Fachleute haben bewundernd über den Modernisierungsprozess gesprochen, den die russische Armee seit ihrer schwachen Performance im Krieg gegen Georgien von 2008 durchlaufen habe. Davon war während des jetzigen Kriegs nicht viel zu merken, soweit man den einschlägigen Analysen Glauben schenken darf. »Das Heer ist ein Abbild der Gesellschaft und leidet an all ihren Krankheiten, meistens mit erhöhter Temperatur«, hat Leo Trotzki 1936 in *Verratene Revolution* geschrieben und damit die Wiedereinführung von Kastengeist und Unterwürfigkeit in der Roten Armee kritisiert, man könnte auch sagen: die Verfestigung der Racketstruktur. Am heutigen Zustand der russischen Armee scheint sich zu bestätigen, was Lew Gudkow bereits vor Jahren diagnostizierte, nämlich dass auch die überall um sich greifende Korruption ein Zeichen für die von ihm beobachtete Tendenz zur »Entstaatlichung« ist, die er so fasst, dass der Staat »letztlich unausweichlich in eine Vielzahl dezentralisierter korrupter und maföser Netzwerke« erodiert, »mit deren Hilfe die herrschenden Cliquen und die Bürokratie das staatliche Gewaltmonopol nutzen, um ihre materiellen Interessen zu verfolgen und zu verteidigen«.

Um also deine Frage, wie wichtig die Person Putin für die Einheit der um die Beute konkurrierenden Rackets ist, noch einmal ganz knapp zu beantworten: er hat eine ganz zentrale, möglicherweise sogar unersetzliche Funktion, doch das bedeutet nicht, dass er alles im Griff hätte. Man sieht, dass auch Racketstrukturen, die sich in erster Linie als Beutegemeinschaften konstituieren, eine rudimentäre Form von Stabilität und Ausgleich brauchen, um ihren Geschäften nachzugehen, und Putin ist der Garant hierfür. Nur sind die Strukturen, die diese Stabilität schaffen, eben nicht welche von der Art, die irgendeine Form von Allgemeinheit, Verlässlichkeit oder gar Rechtsförmigkeit implizieren, denn gerade davor hat das System Putin die größte Angst: dass mit formaler Allgemeinheit auch wieder Vermittlungsinstanzen zur Geltung kommen, die sich gegen die Interessen der Beutegemeinschaften beziehungsweise Rackets richten könnten und letztlich das jetzige System selbst in Frage stellen. So ist es

gemeint, wenn Lilia Shevtsova schreibt, die Frage, wer die Entscheidungen trifft und wer mehr Einfluss hat, der Präsident oder seine Entourage, verliere gewissermaßen ihren Sinn: beide hängen voneinander ab, damit der Laden weiter laufen kann.

Das beantwortet eigentlich auch schon deine zweite Frage, wie sehr dieses Machtgebilde die Gestaltung der Politik nach innen und nach außen bestimmt. Dass die *Silowiki* sich gegen die Technokraten und andere durchgesetzt haben, die so etwas wie eine ökonomische Perspektive für Russland jenseits der Rohstoffrenten anstrebten, hat dazu geführt, dass geopolitische Interessen und innenpolitische Macht- und Beuteinteressen viel wichtiger sind als jede Form einer langfristigen Planung wirtschaftlicher Differenzierung und Effizienz. Gudkow bezeichnet das, was dieses System hervorbringt, auch als Gegenmodernisierung, in Abwendung von der Annahme zwangsläufiger Modernisierungsprozesse, wie sogenannte Modernisierungstheorien behaupten. Horkheimer hat das seinerzeit mit der These vom »Überspringen des Liberalismus« im damaligen Ostblock schon vorweggenommen. Gudkow geht von einer negativen Mobilisierung aus, zu der nach Innen die Hetze gegen Schwule, Lesben, »Genderismus« und so weiter, und nach Außen die aggressive Rhetorik und Politik gegenüber den Nachbarstaaten sowie den USA und Europa zählt. Zu den damit verbundenen Ideologien möchte ich noch einmal Gudkow zitieren; er hat das 2017 sehr prägnant formuliert: »Die wiederbelebten archaischen Mythen – die Vorstellung von Russland als organischer Einheit mit einer tausendjährigen Geschichte, als belagerter orthodoxer Festung und als Schutzmacht aller Slawen – kennzeichnen den russischen Nationalismus von Beginn an und sind heute die Grundlagen der Legitimation des Putin-Regimes. ... Der Appell an die Vergangenheit verfängt so gut, weil das beschworene Modell der sozialen Ordnung sowie die internationalen Beziehungen ebenso wie das propagierte Geschichtsbild wohl bekannt und daher leicht verständlich sind. Alternative Geschichtsbilder können sich hingegen nicht mehr verbreiten, weil seriöse Historiker aus dem öffentlichen Raum verdrängt wurden.« Und diese negative Mobilisierung wird dann auch in jene aggressive Außenpolitik überführt, über die wir bereits gesprochen haben und die Putin

in der Regel hohe Zustimmungswerte beschert: Laut Lewada-Zentrum ist dieser Wert von 61 Prozent im August 2021 auf 83 Prozent im März 2022 gestiegen. Die USA haben demgegenüber einen so schlechten Ruf wie seit Anfang 2015 nicht mehr.

*DH* Im Ringen um eine Rechtfertigung für den »militärischen Sondereinsatz« gegen die Ukraine hat sich Putin immer wieder selbst widersprochen: einmal stellte man die Ukraine Wolodymyr Selenskyjs als Erbe des Nationalsozialismus dar, die zu entnazifizieren sei, ein anderes Mal sei sie kriegstreibende Kraft und stehe unter dem Einfluss Washingtons, auch war von ihm zu hören, dass die Ukraine keinen Anspruch auf eine eigenständige Nation haben könne, weil sie nur als Teil der russischen Gebiete Ansprüche in der Welt geltend machen dürfe. Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Kirill, hat wiederum den »Zwang des Westens«, Gay Prides abhalten zu müssen, zum Argument für den Krieg gemacht. Obgleich Putin den Antisemiten Anton Denikin, den einstigen Anführer der Weißen Arme, verehrt, 2005 seine Gebeine aus den USA nach Russland überführen ließ und Denikins Tagebuch 2009 schon öffentlich für besonders lesenswert hielt, weil darin die Ukraine für zugehörig zu Russland erklärt wird, ist der Antisemitismus nicht die Triebfeder russischer Außenpolitik, was bislang kaum jemand angesprochen hat. Wolodymyr Selenskyj wird vorrangig (noch) nicht als Jude, der er ja ist, von Putin propagandistisch angegriffen, weshalb sich – und nicht nur aus diesen Gründen – zumindest der Verdacht äußern ließe, dass der Antisemitismus nicht die Einheit der prekären russischen Einheit verbürgt – derzeit zumindest nicht – und sich somit auch vom Iran der Ayatollahs unterscheidet.

*TF* Es wurde ja, unter anderem von dem Philosophen Jason Stanley im *Guardian*, die These formuliert, gerade mit der Behauptung, das Ziel der Invasion sei die »Entnazifizierung« der Ukraine, appelliere Putin an die grundlegenden Mythen des zeitgenössischen osteuropäischen Antisemitismus: Dass eine weltweite Verschwörung von Juden die wahren Agenten der Gewalt gegen russische Christen waren und sind, und dass die wahren Opfer der Nazis nicht die Juden, sondern die russischen

Christen waren; auch heute sei es einmal mehr das Ziel einer globalen Elite, unter dem Deckmantel der liberalen Demokratie und der Menschenrechte den christlichen Glauben und die russische Nation anzugreifen. Dass es solche Vorstellungen in der russischen Gesellschaft gibt, die vor allem von der zaristischen sowie Teilen der »weißen« Bewegung und ihren postrevolutionären Emigranten verbreitet wurden, trifft natürlich zu.

Selenskyj selbst hat mit seiner Videoansprache vor der Knesset in Israel Irritationen ausgelöst, als er sagte, seine gesamte Familie sei »im Zweiten Weltkrieg ausgerottet worden«, anstatt explizit vom Holocaust zu sprechen. In Russland aufgewachsene Juden mussten dann erstmal erklären, dass dies einem Geschichtsbild entspricht, wie es in der Sowjetunion propagiert wurde, nämlich zu verschweigen, dass die Juden Opfer einer gezielten Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten waren. Jüdische Familien haben in der Sowjetunion gelernt, sich dieser Darstellung anzuschließen, auch weil ansonsten Repressalien drohten.

Insofern ist es natürlich nicht falsch, wenn Stanley und andere darauf hinweisen, wie perfide es ist, die Spezifik der Judenvernichtung, zumindest was die russischen Juden betrifft, auch heute noch in der Opfergemeinschaft des »Großen vaterländischen Krieges« verschwinden zu lassen, während zugleich der Ukrainezug quasi als dessen Fortsetzung verstanden wird. Seit 2019 hat sich dabei allerdings eine wichtige Verschiebung ergeben. Zwar ist der Große vaterländische Krieg noch immer das zentrale Symbol der postsowjetischen russländischen Identität. Der Politologe Thomas Sherlock schreibt jedoch, anders als bisher werde nun die Rolle der Roten Armee bei der Beendigung des Holocaust betont und daher auch dieser selbst zum Thema gemacht. Damit wolle man die »doppelte Opferrolle« konterkarieren, in der sich die Ukraine und andere osteuropäischen Länder sehen, nämlich sowohl unter dem nationalsozialistischen als auch unter sowjetischem Terror gelitten zu haben. Die entsprechenden Länder, die teils zur Sowjetunion gehörten, sollen nunmehr selbst als Kollaborateure der Nazis dargestellt werden. Das ist also bereits ein Grund, weshalb Selenskyj als »Nazi« und nicht als »Jude« diffamiert wird; weil letzteres eben nicht

in die Propagandastrategie von der Fortsetzung des »Großen vaterländischen Krieges« auch in der Gegenwart passen würde.

*DH* ... auch diese Rede wirkt wie aus der Zeit gefallen ...

*TF* ... Dennoch bleibt Selenskyjs Judentum nicht unerwähnt. So hat Dmitrij Medwedjew im vergangenen Oktober seine Rolle in der Ukraine mit jener der Angehörigen »der jüdischen Intelligenz« verglichen, die in Nazi-Deutschland aus ideologischen Gründen zum Dienst in der SS aufgefordert worden sei. Manche haben das so interpretiert, dass er damit auf die jüdischen »Sonderkommandos« angespielt habe, die in Auschwitz-Birkenau in den Gaskammern und in den Krematorien arbeiten mussten. Auch die Form, in der Lawrow Anfang Mai in einem Interview argumentiert hat, dass Selenskyi Jude sei, negiere nicht »die Nazi-Elemente in der Ukraine«, da seines Wissens auch Hitler »jüdisches Blut hatte« und »einige der schlimmsten Antisemiten Juden sind«, zeigt, wie instrumentell der Bezug auf das Judentum behandelt wird und lässt sich durchaus als antisemitisch bezeichnen. Das geht schon seit Jahren so, wie der *Jerusalem Post*-Journalist Sam Sokol in seinem Buch über *Putin's hybrid war and the Jews* beschreibt, ohne dabei das tatsächliche Ausmaß des Antisemitismus und den Einfluss rechtsextremer Gruppen in der Ukraine herunterzuspielen. Dennoch kommt er zu dem Schluss, dass eine Vertreibung von Juden in der Ukraine in jüngerer Zeit vor allem seit 2014 im Donbass stattgefunden hat, ausgelöst durch die separatistischen prorussischen Milizen, die ja zum angeblichen Schutz der dortigen Bevölkerung vor den »ukrainischen Nazis« dort stationiert sind.

Aber du hast recht, es macht dennoch nicht den Eindruck, als ob der Antisemitismus in Russland derzeit der Feindbestimmung dienen würde, um die politische Einheit zu garantieren, und schon gar nicht im Sinne des Schmittschen »totalen Feinds«, der »die Negation der eigenen Art Existenz bedeutet«, wie es heute im Iran der Fall ist. In seiner aktuellen Studie in der Zeitschrift *Post-Soviet Affairs* von Anfang 2022 schreibt Thomas Sherlock gar, der Antisemitismus sei in Russland derzeit womöglich so wenig virulent wie noch nie zuvor in der jünge-

ren Geschichte des Landes, wobei er sich auch auf Studien von Gudkow und anderen Wissenschaftlern vom *Lewada-Zentrum* bezieht. Sherlock schreibt, die russische Regierung sei unter Putin recht entschlossen gegen antisemitische Äußerungen in der Gesellschaft vorgegangen, auch in den entsprechenden nationalistischen Kreisen, die die prorussischen Separatisten unterstützen. Das mag nicht zuletzt damit zu tun haben, dass auch das von Putin geschaffene System nicht davor gefeit ist, von einer nationalistisch-identitären Dynamik überrollt zu werden, die es selbst befeuert, wie ich ja auch am Ende meines *sans phrase*-Artikels vor einigen Jahren angedeutet hatte. Die von Sherlock beschriebene Repression gegen Antisemiten hat insofern vermutlich auch instrumentellen Charakter, ist selbst ambivalent, im Interesse des Machterhalts Putins.

Ohnehin schränkt Sherlock seinen Befund wiederum ein und sagt, dass der Antisemitismus zwar unterdrückt wird, latent aber – wenig überraschend – noch immer vorhanden sei. Mit seiner zunehmend aggressiver werdenden patriotischen Rhetorik trage Putin maßgeblich dazu bei, dass der Antisemitismus wieder virulenter zu werden drohe. Die Entwicklung seit 2012 scheint auch hier eine wichtige Rolle zu spielen, weil sich Putin immer mehr von einem »russländischen« Identitätsverständnis, das auf einer multiethnischen und multinationalen Auffassung von Identität basiert, abwendet und stattdessen die »russische« Identität im Sinne einer ethnischen, »völkischen« Einheit propagiert; ein Denken, das auch innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche und unter den »Silowiki« verbreitet ist. Zwar hat er sich wohl auch noch im vergangenen Jahr gegen die Parole gewendet, dass Russland den ethnischen Russen gehöre, weil dies »Höhlenmenschen-Nationalismus« sei, doch wenn es ihm in den Kram passt, argumentiert auch er, diese oder jenen Personen seien ja keine »ethnischen Russen«. Bislang jedoch wird noch immer auch das Russländische im Sinne einer eigenen Zivilisation inszeniert. Diese sei größer als das Russische und gegen die unipolare Weltordnung des US-Hegemon gerichtet, von dem es auch die Brudervölker zu befreien gelte. Selbst Europa wird ja hier nicht als eigenständiger Akteur, sondern als unter der Knechtschaft der USA gesehen. Wenn

sich der Ethnonationalismus allerdings gegenüber dieser Auffassung weiter durchsetzt, könnte das auch die Suche nach »inneren Feinden« vom Kampf gegen Lesben, Schwule, »Genderismus« und »ausländische Agenten« hin zur Feindschaft gegenüber »den« Juden verschieben. Es wird genau zu beobachten bleiben, wie hier die Entwicklung weitergeht.

*DH* Du bestimmst in deiner Arbeit über die Rackets,<sup>5</sup> aber auch in dem schon angesprochenen Artikel für *sans phrase*, einen »Racket-Staat«, wie du ihn in Russland erblickst, dadurch, dass er sich darin von anderen Rackets unterscheidet, weil er nicht mit anderen in der Partikularität stehenden Rackets konkurrieren müsse, sondern er sich vielmehr als Konglomerat der konkurrierenden Rackets selbst darstellt. Der Begriff des »Racket-Staats« ist gewissermaßen eine Problemlösung, weil man in Russland – im Gegensatz zum Iran beispielsweise – ja damit konfrontiert ist, dass ein staatliches Gewaltmonopol durchaus existiert, welches sich auch ziemlich eindeutig umreißen lässt – andernfalls ließe sich ja auch nicht von einer »Vertikale der Macht« sprechen –, aber dennoch der Verteilungskampf um Beute nicht gemäß des bürgerlichen Rechts erfolgt, sondern nur durch Putins Gnaden. Lässt sich sagen, dass Putin als diese wie auch immer schlimm gestaltete einheitsstiftende Figur derzeit der Grund dafür ist, dass die Wahl des »totalen Feinds« (noch) nicht auf Israel fällt, wie es beispielsweise seit der »Islamischen Revolution« im Iran der Fall ist? Oder anders gefragt: wäre ein Russland ohne Putin, der zumindest die temporäre und prekäre Einheit irgendwie ja noch garantiert, als noch schlimmerer Fall denkbar, weil dann der russische Bürgerkrieg ganz andere Konkurrenten an die Spitze spülen könnte, die für Israel keine Kontinuität und Berechenbarkeit in einer Region bieten würde, die seit Jahrzehnten als »instabil« gilt und womit der jüdische Staat in weitere Bedrängnis gerät? Die Frage halte ich deshalb für so wichtig, weil genau davon Israels Sicherheitsinteressen derzeit ja abhängen, hat doch Russland gegenüber Israel vermutlich erklärt, den

5 Thorsten Fuchshuber: *Rackets. Kritische Theorie der Bandenherrschaft*. Freiburg; Wien 2019. S. 543 ff.

Einfluss der iranischen Revolutionsgarden auf dem syrischen Territorium zurückzudrängen.<sup>6</sup>

*TF* Ich glaube leider, dass es ohne Putin tatsächlich noch schlimmer kommen könnte, je nachdem, was für eine Dynamik ohne ihn in Gang gesetzt wird. Das hängt natürlich auch davon ab, unter welchen Umständen sein Abgang sich vollzieht. Ob beispielsweise Verteidigungsminister Sergei Schoigu in der Lage wäre, das von Putin geschaffene System mehr oder weniger weiterzuführen, sich an die Spitze der Machtvertikalen zu etablieren, wie es bisweilen heißt? Oder gar Igor Setschin, den man als letzten Oligarchen mit wirklichem politischen Gewicht porträtiert? Und würde das tatsächlich bedeuten, dass der Status quo beibehalten werden könnte, der sich schon jetzt angesichts der Entscheidung zum Krieg und der knapper werdenden Ressourcen, die es zu verteilen gibt, als äußerst prekär erweist? Würde sich die angesprochene ethnonationalistische Tendenz weiter verschärfen, weil beispielsweise einer von jenen, die Putin beerben wollen, ein Bündnis mit jenen nationalistischen Kräften schließt, die aggressiv antisemitisch sind? Was geschieht, wenn es zu offenen Kämpfen zwischen den rivalisierenden Rackets kommt; mit welchen Mitteln und Allianzen werden die einzelnen Cliquen versuchen, ihren Machtanspruch zu behaupten? Darüber lässt sich natürlich nur spekulieren, doch Anlass zu Befürchtungen von der Art, wie du sie andeu-

6 Siehe beispielsweise: Hossam Sadek: Druck aus Russland: Zieht sich der Iran aus Syrien zurück? [www.mena-watch.com/druck-aus-russland-zieht-sich-der-iran-aus-syrien-zurueck](http://www.mena-watch.com/druck-aus-russland-zieht-sich-der-iran-aus-syrien-zurueck) (letzter Zugriff: 8. 3. 2022). – Andererseits finden sich immer wieder Meldungen, insbesondere der Iran lanciert diese gerne, was wiederum auch auf die verfahren Situation des Landes selbst hinweisen könnte, dass die Allianz zwischen Iran, Russland und China gestärkt worden wäre: »Seit dem Jahr 2018 bemühen sich die Vertreter der sogenannten ›revolutionären Wirtschaft‹ oder ›Ökonomie des Widerstands‹ mit dem Wohlwollen Khameneis um solch eine Ostorientierung der iranischen Politik. So erklärte der damalige Berater des iranischen Parlamentspräsidenten und heutige Außenminister Hossein Amir-Abdollahian kurz nach der Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden auf der offiziellen Homepage Khameneis, das 21. Jahrhundert sei ›das Jahrhundert Asiens‹. Der Iran, so Amir-Abdollahian, werde seine ›strategischen Beziehungen zu Moskau und Peking‹ ausbauen, um ›von der Erweiterung und Konsolidierung der Zusammenarbeit‹ zu profitieren.« ([www.mena-watch.com/raisi-besuch-in-moskau-iran-forciert-ostorientierung](http://www.mena-watch.com/raisi-besuch-in-moskau-iran-forciert-ostorientierung), letzter Zugriff: 8. 3. 2022.)

test, geben die denkbaren Möglichkeiten allemal. Wichtiger noch: Selbst mit Putin kann es für die Juden in Russland und auch für den Staat Israel schlimmer werden, was nicht zuletzt mit der oben angesprochenen Frage der Identitätsauffassung zusammenhängt. Die aus Russland und der früheren Sowjetunion nach Israel emigrierten Juden werden heute als Teil des Russländischen und damit als Landsleute gesehen, womit auch ein gewisses Maß an Verantwortung für sie und den Staat Israel verbunden sei, wie immer wieder betont wird; Putin selbst bezeichnet Israel gar als »russischsprachiges Land«. Das ist nicht ohne Bedeutung, könnte sich jedoch mit einer zunehmend ethnonationalistischen Auffassung von Russland ändern. Aber die Entwicklungen, die sich jetzt unmittelbar aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine für Israel ergeben können, sind problematisch genug.

*DH* Im *Tablet Magazine* war sehr schnell nach Russlands Invasion davon zu lesen, dass Israel das nächste Ziel sein könnte, da nun Russlands Verbündete, wozu auch der Iran und Syrien zählen, gestärkt werden könnten und die bisherigen Vereinbarungen zwischen Israel und Russland, was Syrien betrifft, passé sein könnten: »Da Russland auf der internationalen Bühne in den Status eines Parias abrutscht, wird es die Beziehungen zu seinen engsten Verbündeten in der Region verbessern wollen: Syrien und Iran.«<sup>7</sup> Was bedeutet der Konflikt in der Ukraine also für Israel?

*TF* Die Überschneidung der Interessen zwischen Israel und Russland seit Beginn dessen Engagements in Syrien bestanden mit Blick auf den Iran und die Hisbollah immer schon auf bloß taktischer, nicht auf strategischer Ebene, weshalb Chagai Tzuriel vom israelischen Ministerium für Nachrichtendienste die Beziehung der beiden Länder schon vor Jahren als die von »frenemies«, einer ambivalenten Mischung aus Freund und Feind also, bezeichnet hat. Zwar ›erlaubt‹ es Russland den israelischen Streitkräften, auch durch einen gemeinsamen

7 Ksenia Svetlova: Russlands nächstes Ziel der Einschüchterung könnte Israel sein. Die Übersetzung des Artikels findet sich in diesem Heft.

Koordinationsmechanismus der beiden Luftwaffen, militärisch gegen den Iran und seine Milizen sowie gegen Waffenlieferungen etwa an die Hisbollah vorzugehen. Das Risiko bleibt dabei für Israel kalkulierbar, weil es nicht zu unbeabsichtigten Gefechten mit der russischen Luftwaffe kommt, die den syrischen Luftraum kontrolliert, und auch, weil Russland Druck auf die Hisbollah und Assad ausübt, die Füße stillzuhalten. Zugleich jedoch ist Russland Schirmherr der schlimmsten Feinde Israels, unterstützt den Iran bei der Errichtung seines »schiitischen Halbmonds« vom Golf bis in den Libanon zumindest passiv und hilft so eine Landbrücke zu errichten, die auch in einem Krieg gegen Israel etwa zur Organisation des Nachschubs bedeutsam wäre. Darin besteht der tiefere Konflikt: Russland will die Präsenz des Iran in Syrien aus strategischen Gründen dauerhaft garantieren, Israel muss gerade dies aus existenziellen Gründen unbedingt vermeiden.

Israel steckt hier also wieder einmal in einer Zwickmühle, die ihr die Regierungen Obama und Trump eingebrockt haben, als man sich aus dem Nahen Osten zurückgezogen hat – um von den Europäern gar nicht erst zu reden. Die israelisch-syrische Grenze ist nun *de facto* auch eine israelisch-russische Grenze, wie zumindest in den englischsprachigen israelischen Medien immer wieder betont wird. Tzuril beschrieb in einem Interview aus dem Jahr 2017, wie Moskau trotz der bemerkenswert spärlichen Aufwendung eigener Ressourcen zur dominanten Kraft in Syrien wurde: »Die Russen sind mit ein paar Dutzend Flugzeugen zum Hauptakteur geworden. Das zeigt, dass der politische Wille und die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt entscheidend sind.« Gut möglich also, dass Putin mit dem Krieg gegen die Ukraine nur die Konsequenz aus dem zu ziehen gedachte, was ihm nach der syrischen Erfahrung auf der Hand zu liegen schien, dass nämlich die USA auch im Falle der Ukraine weitgehend passiv bleiben würden und ihn gewähren lassen. Damit hatte er ja auch recht, wenn man die Situation kurz vor und nach Kriegsbeginn bedenkt. Nur hat er eben unter anderem die Stärke und Moral ukrainischer Streitkräfte und die Haltung der dortigen Bevölkerung unterschätzt. Daher ist es gut möglich, dass für Russland seine Rolle im Nahen Osten künftig noch wichtiger wird, um sich als geopolitisch be-

deutsamer Akteur profilieren zu können, der auch machtpolitisch »ordnend« auftreten kann, anstatt nur Chaos zu stiften. Man darf nicht vergessen, dass mit der Abkehr von den russischen Energieressourcen der Nahe Osten für Europa wieder wichtiger wird. Die USA mögen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen daran interessiert sein, die steigende Nachfrage aus Europa zu bedienen, doch kompensieren kann und will man die entstehende Lücke sicher nicht. Russland wird daher versuchen, seinen energiepolitischen Einfluss auf Europa auch über den Nahen Osten zu behalten. Hinzu kommt der nicht nur von der EU, sondern auch von den USA anscheinend nahezu ohne jede Rücksicht auf Israels Interessen angestrebte Iran-Deal. Die Haltung Russlands zu dessen Zustandekommen ist zwar durchaus komplex und ambivalent, es ist jedoch gut vorstellbar, dass das Land am Ende davon profitiert. Wenn Russland dadurch noch mehr an politischem Einfluss gewinnt, könnte das den Spielraum Israels weiter einengen.

Ob die weitere Entwicklung so eindeutig zu Ungunsten Israels verlaufen wird, wie es Ksenia Svetlova in ihrem auch in dieser Ausgabe der *sans phrase* abgedruckten Artikel im *Tablet Magazine* befürchtet, vermag ich nicht zu beurteilen. Spannungen zwischen Russland und Israel hinsichtlich dessen militärischen Vorgehens und entsprechende Drohungen aus Moskau gab es auch in den vergangenen Jahren immer wieder. Russland lässt Israel nie vergessen, welche Bedeutung es als Nachbar hat. Ich könnte mir daher ein Szenario vorstellen, in dem es für Russland im Nahen Osten viel wichtiger bleibt, die verschiedenen Staaten gegeneinander auszuspielen als feste Bündnisse zu schmieden, denn nur auf diese Weise kann man sich weiterhin als sozusagen »regionaler Hegemon« inszenieren. Svetlovas Einschätzung, die größte Bedrohung, die Russland für Israel darstelle, liege in der Ausweitung seines regionalen Einflusses, erscheint mir daher sehr plausibel. Schließlich ist die Situation schon jetzt sehr kompliziert. Auch von der Biden-Regierung wird Israel permanent in Haftung genommen, gegenüber China und Russland Farbe zu bekennen, wie der Artikel von Alex Traiman in diesem Heft zeigt. Dabei ist es ja gerade diese Situation, die deutlich macht, dass der von Adorno formulierte kategorische Imperativ nach

Auschwitz keine Einladung zur philosophischen Kontemplation ›schöner Seelen‹ ist, sondern ganz praktisch das Handeln der israelischen Regierung bestimmen muss: Den Schutz seiner Bürger zu garantieren, bedeutet im zwischenstaatlichen Verhältnis, unablässig den Spielraum auszuloten, der in einer jeweiligen Situation überhaupt gegeben ist, um diese Garantie auch einzulösen.

Unmittelbar zeigt der Konflikt in der Ukraine für Israel vor allem, wie sehr der jüdische Staat darauf angewiesen ist, seine erfolgreiche Verteidigung soweit nur irgend möglich aus eigener Kraft zu garantieren, anstatt sich den Launen befreundeter Staaten auszuliefern, was man in Israel selbstverständlich auch vor dem jetzigen Krieg schon wusste. Und zur Garantie dieser Verteidigungsfähigkeit gehört mehr als alles andere, die atomare Bewaffnung des Iran mit allen Mitteln zu verhindern. Insofern wäre es katastrophal, wenn sich Russland aus machtpolitischen Gründen dem entgegenzustellen versuchen würde.

---

Alex Traiman

## Wird sich Israel auf der falschen Seite einer sich ändernden Weltordnung wiederfinden?

Angesichts der Kämpfe in der Ukraine sieht sich Israel wie gespalten zwischen der Unterstützung der ukrainischen Souveränität und dem Wunsch, die neue kriegserische Weltmacht in Gestalt von Russland nicht zu verärgern. Soll der jüdische Staat eine verblassende Weltordnung unter der Führung der USA und der westeuropäischen Mächte unterstützen oder die sich abzeichnende Ordnung, in der eine von China und Russland angeführte Achse nun versucht, die internationalen Beziehungen zu dominieren? Muss sich Israel entscheiden?

Für Israel steht viel auf dem Spiel. »Die Weltordnung, wie wir sie kennen, verändert sich«, sagte der israelische Premierminister Naftali Bennett am 25. Februar bei einer Abschlussfeier für IDF-Offiziere. »Die Welt ist viel instabiler geworden,

und auch unsere Region verändert sich jeden Tag. Es sind schwierige, tragische Zeiten. Unsere Herzen sind bei den Zivilisten in der Ostukraine, die in dieser Situation gefangen sind«, fügte er hinzu. Bennetts Erklärung war sorgfältig formuliert.

### Unterstützung für die Ukraine

Das Mitgefühl mit den Bürgern der Ukraine, die angegriffen wurden, ist unabhängig von der Politik die richtige moralische Haltung. Auch Jerusalem hat enge Beziehungen zu Kiew. Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky ist Jude. Über 40 000 Juden leben in dem Land, und etwa 200 000 Ukrainer haben eine direkte jüdische Abstammung und können nach dem *law of return* die israelische Staatsbürgerschaft annehmen. Darüber hinaus unterhalten Israel und die Ukraine enge wirtschaftliche Beziehungen. So ist die Ukraine beispielsweise ein Hauptlieferant von Weizen für Israel und deckt fast die Hälfte des Weizenverbrauchs des jüdischen Staats ab.

Seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten haben sich jüdische Organisationen beeilt, der ukrainischen jüdischen Gemeinde humanitäre Hilfe anzubieten. Der Staat Israel bemüht sich, die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen zu erleichtern. Sich für die Ukraine einzusetzen, ist jedoch strategisch riskant. Der größere Konflikt, den Russland führt, richtet sich gegen Europa, die Vereinigten Staaten und ein NATO-Bündnis, dessen Wert nun auf die Probe gestellt werden wird.

### Lapids Lapsus

Nur einen Tag vor Bennetts Erklärung war das israelische Außenministerium in seinen Formulierungen weniger vorsichtig als der Premierminister. Am 24. Februar sagte Außenminister Yair Lapid (zugleich Israels Premierminister in spe): »Der russische Angriff auf die Ukraine ist eine schwere Verletzung der internationalen Ordnung. Israel verurteilt den Angriff«. Er fügte hinzu, dass Israel »bereit und willens ist, den Bürgern der Ukraine humanitäre Hilfe zu leisten«. Am 23. Februar twitterte Lior Haiat, ein Sprecher des Lapid-Ministeriums: »Israel unterstützt die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine«. Haiat fügte hinzu: »Israel setzt den Dialog